

(Abg. Sindermann.)

(A) servative Vertreter des Wahlkreises im Reichstage, der Herr Arnstadt, zwischen Haupt- und Stichwahl eine Mahnung an die Herren Geschäftsleute von Tennstedt, das in seiner überwiegenden Majorität für den freisinnigen Kandidaten Professor Eichhoff und gegen den Konservativen von Zedlitz gestimmt hatte. Darin hieß es:

„Die Herren Geschäftsleute Tennstedts leben zum größten Teile von uns Landwirten und müssen also das größte Interesse daran haben, daß es der Landwirtschaft gut geht. Die Herren Geschäftsleute können ihr Interesse für den Bauernstand alle fünf Jahre einmal bei der Reichstagswahl mit dem Stimmzettel zeigen; und auch diesmal hätten die Herren das tun müssen, indem sie für unseren Kandidaten Herrn v. Zedlitz eingetreten wären. Das Gegenteil haben die Herren getan. Nun gut, mögen sich die Herren auch von Herrn Eichhoff ihre Waren abkaufen lassen.“

Und im Norden-Emdener Kreise wurde bei der letzten Reichstagswahl von den Konservativen zu derselben Waffe gegriffen. Zwischen Haupt- und Stichwahl erschien in Nr. 27 des „Leerer Anzeigeblasses“ eine Annonce, in welcher unter Bezugnahme darauf, daß bei der Hauptwahl die Stadt Leer überwiegend freisinnig, die Umgegend aber konservativ gewählt hatte, erklärt wurde:

„Nach unserer Meinung hat die Stadt Leer aufgehört, vom Handel zu leben, sondern ist auf die Kundschaft der Landleute aus der Umgebung angewiesen. Der Konkurrenz muß man begegnen durch Gegenmaßregeln. Deshalb wäre es nach unserer Ansicht an der Zeit, in jedem Dorfe des Kreises Leer einen landwirtschaftlichen Konsumverein zu gründen, um die Stadt, d. h. unsere Konkurrentin zu boykottieren.“

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Vielleicht könnten dann die Städter wieder fischen gehen, ein stehendes Gewässer haben wir jetzt dazu.“

Und auch jetzt bei der letzten Nachwahl im Wahlkreise Labiau-Wehlau spielte der agrarische Boykott eine große Rolle, und gerade dort konnte der Hansabund zur rechten Zeit eingreifen, um alle diese Dinge zu unterjuchen. Aber es ist nicht so weit gekommen.

So könnte ich noch eine ganze Masse von Urteilen verlesen, wonach gerade diejenigen, die uns heute hier den Vorwurf des Terrorismus machen oder ihn wenigstens den Gewerkschaften machen — wobei fortwährend von sozialdemokratischen Gewerkschaften geredet wird, genau so wie man von sozialdemo-

kratischen Konsumvereinen geredet hat —, selbst als (C) ärgste Terroristen erscheinen. Und wenn man dann zum Überfluß noch betont hat, daß die Partei sich die Geschäftsführung über die Gewerkschaften angeeignet, daß sie die Gewerkschaften unter ihr Joch gebeugt habe, so möchte ich doch zum besseren Verständnis hinzufügen, daß es sich die Gewerkschaften auf das allerhöflichste, aber auch auf das allerstrengste verbitten würden, wenn ihnen die Partei bei der Führung von Lohnkämpfen oder von Boykotts usw. hineinredete. Das tut sie denn nun doch nicht; in dieser Beziehung sind die Gewerkschaften selbständig und werden auch von ihrer Selbständigkeit an die Partei nichts aufgeben wollen. Und die sozialdemokratische Partei ist auch keineswegs so ehrgeizig, ohne weiteres die Gewerkschaften unter ihre Fuchtel bekommen zu wollen. Das fällt ihr gar nicht ein. Es herrscht zwischen der Partei und den Gewerkschaften ein solidarisches Gefühl. Die Gewerkschaften sagen sich: wir haben bei allen unseren Kämpfen, die wir im Interesse unserer Mitglieder, im Interesse des Arbeiterschutzes, im Interesse eines besseren Einkommens zu führen haben, keine andere Partei zur Seite als die Sozialdemokratie, und deshalb stellen sie sich mit ihren Forderungen an die Gesetzgebung hinter die sozialdemokratische Partei.

Aber, meine Herren, wenn man eine solche Fanfare (D) heute von seiten der Konservativen und der Nationalliberalen austrumpetet, dann muß man sich auch dessen bewußt sein, was für Folgen entstehen werden. Sie haben damals genau so gehandelt, als Sie das Wahlrecht der sächsischen Bevölkerung aus der Hand schlugen, und das Endergebnis war zunächst im Jahre 1903 das rote Königreich. Wenn Sie aber weiter fortwährend von Terrorismus reden, so will ich bemerken, meine Herren: den schärfsten Terrorismus, der vielleicht jemals in Sachsen ausgeübt worden ist, den haben unzweifelhaft diejenigen ausgeübt, die heute den ersten Antrag eingebracht haben.

(Sehr richtig! links.)

Ich erinnere Sie daran, daß Sie sich fortwährend als treue Freunde der Monarchie aufspielen, als die besten Stützen der Monarchie. Aber dadurch, daß Sie mit solchen Anträgen, mit einer solchen Gelegenheitsgesetzmacherei den Unwillen des Volkes erregen, untergraben Sie jede Autorität und erschüttern das monarchische System immer mehr. Als das frühere Zensuswahlsystem abgeschafft worden war und gegen den Willen der sächsischen Bevölkerung das Dreiklassenwahlsystem eingeführt wurde, haben wir die Beobachtung